

Rechtsextremismus als Herausforderung für Kirchen und Gesellschaft
Vortrag im Gästehaus der Niedersächsischen Landesregierung in Hannover am
15. März 2012 in der Veranstaltungsreihe des Innenministeriums
„Demokratie und innere Sicherheit“
von Landesbischof Prof. Dr. Friedrich Weber

Sehr geehrter Herr Innenminister,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

Rechtsextremismus ist ein gesamtgesellschaftliches Phänomen

„Der Rechtsextremismus stellt ein gesamtgesellschaftliches Phänomen dar, an das sich heute viele gewöhnt zu haben scheinen. Denn die Existenz einer extremen Rechten gehört derzeit zur Normalität der politischen Landschaft in der Bundesrepublik, die medial und politisch meist nur dann thematisiert wird, wenn es zu gewalttätigen Übergriffen oder gar Morden kommt.“

So lese ich in der im November 2008 in Dresden erschienenen „Handreichung für Gemeinden zum Umgang mit Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit“.¹ Diese Feststellung ist eine traurige Vorhersage des Termins, den wir heute Abend hier gemeinsam wahrnehmen. Ohne die zehn Morde der Zwickauer Terrorzelle und die Gedenkveranstaltung im Berliner Konzertsaal wäre das Thema medial und gesellschaftlich nicht so brennend, dass wir heute Abend hier sitzen würden. Insofern ist das natürlich auch eine Anfrage an unsere eigene Wahrnehmungsfähigkeit rechtsextremer Tendenzen.

Wenn wir uns mit dem Rechtsextremismus auseinander setzen, dann setzen wir uns mit rassistischen, antisemitischen, nationalistischen, sozialdarwinistischen und anderen menschenverachtenden Bestrebungen auseinander, die allesamt und auch jede für sich eine Gefahr für die Demokratie und für ein friedliches Miteinander in unserer Gesellschaft ist. Wir wissen, dass sich seit 1990 in der Bundesrepublik eine spezifische rechtsextreme Bewegung gefestigt hat, die über eigene Strukturen, Finanzierungsquellen und auch einen gewissen politischen Einfluss verfügt.

¹ http://www.evliks.de/doc/Handreichung_gegen_Rechtsextremismus2.pdf vom 9.3.2012, Seite 9

Woran mache ich das fest?

Es ist eine eigene, stark politisierte rechtsextreme Subkultur entstanden. Die NPD wurde in mehrer Landtage gewählt und in diverse Kommunalparlamente. Es gibt no-go-Areas, die es für Migranten nicht ratsam erscheinen lassen, sich öffentlich ohne Begleitung dort zu bewegen, außerdem eine weite Verbreitung rechtsextremer Einstellungen in der Gesamtgesellschaft, die sich, sobald auch nur irgendeine Auffälligkeit geschieht, ein Problem offenkundig wird, das durch Migranten oder durch Menschen in prekären Lebenssituationen begründet sein könnte, mit Haltungen äußern, die sich durchgehend als rassistisch und menschenverachtend qualifizieren lassen. Und zuletzt, es gibt ein starkes Engagement rechtsextremer Haltungen im Rahmen von Konzerten, aber auch Bildungsveranstaltungen, gezielter Jugendarbeit, Sportvereinen und sogar Elterninitiativen. Neu und in unserem niedersächsischen Kontext auch vorhanden ist, z.B. die Unterwanderung von Sportvereinsgruppen und Jugendfeuerwehren durch Übungsleiter, die der rechten Szene angehören. In dieser schleichenden Infiltration sehe ich die eigentliche Gefahr.

Nach meinem Eindruck ist es offenbar so, dass Rechtsextreme strategisch und gezielt auf die Errichtung einer deutschen Volksgemeinschaft hin arbeiten, in der Menschen anderer Hautfarbe und Herkunft, Homosexuelle, Behinderte und Andersdenkende keinen Platz haben und auch mit Gewalt aus dem gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang ausgeschlossen werden sollen.

Der Ratsvorsitzende der EKD hat – wie alle anderen Leitenden Geistlichen der EKD – den Rechtsextremismus als eine besondere Herausforderung auch für Christen beschrieben. Er führte aus, dass die Bekämpfung des Rechtsextremismus zur öffentlichen Verantwortung der Kirche gehöre, weil eben dieser Rechtsextremismus wesentliche ethische Grundsätze des Christentums verleugne und verletze und der Gleichheit aller Menschen als Geschöpf Gottes widerspreche. Die Betätigung in rechtsextremen Parteien sei unvereinbar mit kirchlichem Engagement. Verfassungswidrige Aktivitäten könnten weder bei haupt- noch bei ehrenamtlichen Beschäftigten geduldet werden. Schwieriger sei die rechtliche Handhabe gegenüber rechtsextremistischen Mitgliedern ohne kirchliches Amt wie etwa im Gemeindevorstand. „Auch wenn eine Abwendung der Betroffenen von der Kirche befürchtet werden müsse, sei gerade auch gegenüber Mitgliedern, die sich öffentlich rechtsextremistisch äußern oder gar einschlägige Aktionen fordern, eine deutliche

Mahnung angezeigt. ... Sollte diese erfolglos bleiben, bestehe in einigen Landeskirchen auch die Möglichkeit des Entzugs des passiven, zum Teil auch des aktiven Wahlrechts. Hinsichtlich eines NPD-Verbots äußerte sich Schneider skeptisch. ... Der Bielefelder Psychologieprofessorin Beate Küpper zufolge sind stark religiöse Menschen besonders anfällig für abwertende Haltungen gegenüber Minderheiten. Dies zeige sich nach wissenschaftlichen Erhebungen etwa in den Bereichen Sexismus, Homophobie und Rassismus ... Die Aufforderung zur Friedfertigkeit und Nächstenliebe des Christentums stehe in eklatantem Widerspruch zu menschenfeindlichen Einstellungen und Handlungen, die mit Religion begründet oder von Gläubigen vertreten und ausgeübt würden. Nach Küppers Erhebungen neigen besonders oft Protestanten in den östlichen Bundesländern zu rassistischen Äußerungen.“²

Die Demokratieforscherin Ursula Birsl führte am Dienstag dieser Woche in Göttingen aus: „Es ist gefährlich, Rechtsextremismus immer nur als Randphänomen zu diskutieren.“ Bei bis zu 15 Prozent der Bürger fänden sich rechtsextreme Einstellungen. Oft werde auch die Rolle der Mädchen und jungen Frauen in der rechtsextremen Szene unterschätzt. Die Forscherin meinte, dass der Staat die rechtsextremen Tendenzen nur begrenzt bekämpfen könne, wirksamer seien zivilgesellschaftliche Initiativen, die vor Ort präventiv arbeiteten.³

Diese Ausführungen zeigen, dass der Rechtsextremismus nicht an den Rand der Gesellschaft delegiert werden darf. Die Auseinandersetzung mit ihm muß sich der Erkenntnis stellen, dass rechtsextreme Einstellungen bis weit in die bürgerliche Mitte der Gesellschaft reichen. Es ist wichtig, dass ein Engagement für Demokratie und gegen Rechtsextremismus immer die gesamte Gesellschaft im Blick behält und also wahrnimmt, dass die Grenzen zwischen demokratischer Mitte und rechten Einstellungen und Handlungen durchaus fließend sein können. Dies bedeutet zugleich, dass sich Menschen mit rechtsextremen Einstellungen bei allen Akteuren der Demokratie, ob es Parteianhänger, Gewerkschaftsmitglieder oder Kirchenvertreter sind, wiederfinden lassen. Das aber heißt, dass der Rechtsextremismus kein allein durch den Verfassungsschutz oder die Polizei zu lösendes Problem ist. Hier ist vielmehr jede gesellschaftliche Institution gefragt,

² <http://www.evangelisch.de/themen/gesellschaft/schneider-rechtsextremismus-nicht-dulden51739>
vom 12.11.2011

³ epd-Nachrichten Nr. 032 vom 14.3.2012,10f

über Strategien gegen den Rechtsextremismus nachzudenken und diese umzusetzen.

Der Ausschluss eines NPD-Mitglieds aus einem Kirchenvorstand

In meiner Landeskirche hat es im Jahre 2007 eine Auseinandersetzung mit einem Kirchenvorstandsmitglied gegeben, das sich bei einer Wahl als Kandidat für die NPD zur Verfügung stellte. Mitglied der Partei war er ohnehin. Wir haben als Kirchenleitung in dieser Situation den betroffenen Propsteivorstand Königslutter in dieser Auseinandersetzung nicht alleine gelassen. Der Propst der betreffenden Propstei schrieb am 18. Dezember 2007 dem Kirchenvorstandsmitglied: „Wir haben Ihnen mitgeteilt, wer sich durch seine NPD-Parteizugehörigkeit öffentlich zu ihrem Programm bekennt, vertritt Überzeugungen, die nicht nur im Widerspruch zum christlichen Glauben, sondern auch im Widerspruch zu einem kirchlichen Amt bringen. Wir haben uns gewünscht, dass Sie Ihre Heimatkirche über die Parteimitgliedschaft stellen würden. Wir hätten uns gefreut, wenn Sie einen christlichen Glauben über eine Parteiideologie gestellt hätten. So lassen Sie uns leider keine Wahl.“ Mit keiner Wahl war der Ausschluss des entsprechenden Kirchenvorstandsmitgliedes aus dem Kirchenvorstand gemeint. Problematisiert wurde der Ausschluss durch das Rechtsreferat meiner Kirche, weil der Ausschluss aus dem Kirchenvorstand rechtswidrig sei, denn „die Mitgliedschaft in einer radikalen, aber bisher nicht verbotenen Partei reicht allein nicht aus, eine Entfernung aus dem Kirchenvorstand zu beschließen, insbesondere dann nicht, wenn sich der Betroffene von den Positionen der NPD, die Schrift und Bekenntnis und den Ordnungen unserer Landeskirche widersprechen, distanziert hat.“ Dem wurde durch ein theologisches Mitglied des Landeskirchenamtes entgegen gehalten: „Umgekehrt müssen wir uns als Kirche fragen lassen, was bedeutet es für uns als Kirche, wenn wir ihn in seinem Amt lassen, weil er eventuell behauptet, dass er beide Überzeugungen miteinander verbinden könne.“

Der Mann wurde aus dem Kirchenvorstand ausgeschlossen.

Wir haben uns im Zusammenhang der Begleitung der Auseinandersetzung um die Mitgliedschaft des NPD-Mitgliedes, der öffentlich rechtsradikale Positionen vertrat, mit dem Parteiprogramm der NPD, so wie es im Jahre 2007 vorlag, auseinander gesetzt.

Die Analyse des Parteiprogramms der NPD von 2004⁴

Das Parteiprogramm gebraucht geschickt und nicht sofort erkennbar eine Sprache, die Verbindungen zu Gedanken des Nationalsozialismus erkennen lässt. Seine Grundlage ist das „deutsche Volk“ bzw. die „Volksgemeinschaft“. Volksgemeinschaft ist einer der Schlüsselbegriffe in Hitlers „Mein Kampf“. Das deutsche Volk soll gegen „multiethnische Exzesse“ geschützt werden. Die augenblicklich „tragenden Schichten“ wollen – so das Programm - das deutsche Volk austauschen gegen eine „multikulturelle Gesellschaft“. Das Menschenbild, alle Rechte, die sozial-, sicherheits-, bildungs- und wirtschaftspolitischen Ansätze werden aus dem deutschen Volkstum abgeleitet bzw. auf das deutsche Volk und den heimischen Lebensraum bezogen. Sozialpolitik bedeutet die Solidarität des Volkes mit seinen Angehörigen. Ausländer, so heißt es, seien aus dem deutschen Sozialversicherungswesen auszugliedern. Deutschland wird so fast als ein ethnisch, kulturell und politisch reines Deutschland verstanden und als Ziel der Politik angestrebt. Zitat „Wir stehen mit einem lebensrichtigen Menschenbild gegen Fremdherrschaft und Fremdbestimmung, gegen Überfremden, Ausbeutung und Unterdrückung, für deutsche Freiheit, für Freiheit der Völker, für eine soziale Neuordnung in Deutschland, die unserem Menschenbild entspricht.“ (Grundgedanken)

Zusammenfassend kann man festhalten, dass das sich Parteiprogramm der NPD sich unter ethnischen Gesichtspunkten gegen eine multikulturelle Gesellschaft, die als kulturlose Gesellschaft beschrieben wird, gegen Überfremdung, die als Fremdherrschaft verstanden wird, wendet und für ein deutsches Volk und einen heimischen Lebensraum eintritt.

Die NPD fordert die ersatzlose Streichung des Asylparagrafen und bestreitet ein Asylrecht für politisch Verfolgte in Deutschland. Die Ausgliederung der Ausländer aus dem Versicherungswesen, sowie die Zahlung von Kindergeld als volkspolitische Maßnahme des Staates nur an deutsche Familien sind weitere Forderungen. Im Rechtssystem ist die Einführung der Todesstrafe in besonders schweren Fällen und die überfällige Anklage alliierter Massenmörder vorgesehen. Wahlrecht gibt es nach diesem Programm nur für Deutsche und nicht für Ausländer, würde doch die Einführung eines Ausländerwahlrechtes einer Selbstaufgabe Deutschlands gleichkommen. Innenpolitisch wird ein Ende der

⁴ <http://npdnrw.vs120154.hl-users.com/wuppertal/enneperuhr/Dokumente/Parteiprogramm.pdf>

Integrationspolitik eingeleitet, außenpolitisch sollte eine Revision der Grenzerkennungsverträge erfolgen, denn Deutschland sei größer als die Bundesrepublik und die Preisgabe deutscher Grenzgebiete sei nicht hinnehmbar. Der Nato-Austritt wird gefordert. Kulturell sei es Zeit für das Ende einer einseitigen Vergangenheitsbewältigung und nötig sei ein Eingeständnis der früheren Gegner, dass die „Ermordung und Vertreibung von Millionen deutscher Zivilisten, nach dem Krieg und die Tötung deutscher Kriegsgefangener Verbrechen“ seien, die heute noch geahndet werden müssten. Über den Holocaust und deutsche Kriegsverbrechen wird in diesem Text kein Wort verloren. Die Menschenwürde ergibt sich nach diesem Programm aus dem biologisch verstandenen Volkstum und der national verstandenen Kultur.

Das Parteiprogramm und der christliche Glaube

Wir haben in einem weiteren Gang dann die Vereinbarkeit von Parteiprogramm und christlichem Glauben geprüft und gesehen, dass Haltungen vertreten werden, die nicht mit dem christlichen Glauben der Bibel und den Bekenntnisschriften zu vereinbaren sind.

Ich will einige summarisch benennen: Rasseideologie; Blutbiologie; Menschenwürde, die nur im jeweiligen Heimatland gilt; Kindergeld nur an Deutsche; die Entfernung der Ausländer aus dem Versicherungssystem, am besten Ausweisung aus Deutschland; eine ethnisch reine deutsche Kultur; keine Integration; Beendigung des Asylrechts; Korrektur des Geschichtsbildes; Ungleichheit der Menschen in Bildung, Menschenwürde und allgemeinen Rechten; Einführung Todesstrafe; Rückeroberung der verlorenen Ostgebiete; Errichtung einer Nationalkirche als Volkstumskirche. Dies alles widerstrebt und widerspricht dem, was wir in den letzten Jahrzehnten auch aus leidvoller Erfahrung des Dritten Reiches und anderer Gewaltherrschaften erkannt und erfahren haben.

Nach dem christlichen Glauben ergibt sich die Menschenwürde aus der Gottebenbildlichkeit und aus dem Angewiesen-Sein auf Rechtfertigung durch Gott. Sie gilt allen Menschen, unabhängig von Rasse, Nation, Alter, Geschlecht, Bildung und sozialem Status. Damit gilt sie auch allen Ausländern, Behinderten, Benachteiligten etc. in Deutschland. Die Kirche unterscheidet Menschen nicht nach Rasse, Volkszugehörigkeit und sozialem Status. Dieses Prinzip gilt in jeder regionalen Kirche. Wer also, wie die NPD, Menschen, gerade wegen ihrer Bildung,

Rasse, Zugehörigkeit, Alter etc. ausschließt, handelt gegen das biblische Verständnis von Kirche Jesu Christi, wie es in den Bekenntnisschriften niedergelegt ist. Der Schutz für Minderheiten, Verfolgte, Bedrohte und Flüchtlinge ist ein unverzichtbares Prinzip des christlichen Glaubens und der Bibel. Jesus selbst ist nur durch Flucht seiner Eltern nach Ägypten vor der Ermordung durch Herodes verschont geblieben. „Die Fremdlinge sollst du nicht bedrängen und bedrücken; denn ihr seid auch Fremdlinge im Ägyptenland gewesen“ heißt es im 2. Mose 22,20. Gleiches lässt sich ableiten in der Szene vom Weltgericht aus Matthäus 25,31ff. Der das Neue Testament und die paulinische Theologie im bestimmende Versöhnungsgedanke, dass wir uns mit Gott und damit auch mit unseren Nächsten als Ziel menschlichen Lebens versöhnen sollen, damit wir gemeinsam und konstruktiv unsere Gesellschaft entwickeln, wird fundamental geleugnet. Im Evangelium heißt es gerade von der Teilnahme am Abendmahl her und auf dieselbe bezogen: „Darum, wenn du deine Gaben auf dem Altar opferst und dort kommt dir in den Sinn, dass dein Bruder etwas gegen dich hat, so lass dort vor dem Altar deine Gabe und geh zuerst hin und versöhne dich mit deinem Bruder und dann komme und opfere deine Gabe.“ (Matthäus 5,23ff) Für den christlichen Glauben ist fundamental das Gebot der Nächsten- und Feindesliebe (Lukas 10,25ff, Barmherziger Samariter). In diesem Gleichnis wird zugleich ein Ausländer als Vorbild für wahren Glauben und christliches Handeln beschrieben. Die Vergebung der Schuld und der Sünde durch den Tod und die Auferstehung Jesus Christus ist die Grundlage des christlichen Lebens. Diese Vergebung haben wir in unserem Glauben und Verhalten aber ebenfalls zu praktizieren. Hinsichtlich des Friedensgebotes sei verwiesen auf Lukas 1,79 „Richte unsere Füße auf den Weg des Friedens“.

Nach christlicher Überzeugung soll Krieg nach Gottes Willen nicht sein und die Anfragen, die formuliert wurden, gelten auch für den Gesamtzusammenhang von Gerechtigkeit und Recht, der nicht auf dem Vergeltungs- und dem Rachege danken aufliegt, sondern grundsätzlich den der Barmherzigkeit beinhaltet und selbstverständlich auch den humanen Strafvollzug, der nicht dem Rachege danken folgt, begründet. Aus diesem Grund kann es die Todesstrafe nicht geben. Es lässt sich sagen, dass das Programm und vieles von dem wird ja in den rechtsextremen Haltungen und Positionen in unserer Mitte sichtbar, eine

Stimmung fördert und schürt, als ob Deutschland Land überfremdet, fremdbestimmt, kulturlos und auf dem Abweg sei.

Der Grundansatz einer nationalen Benachteiligung wird psychologisch bei den Benachteiligten in unserem Staat seine Wirkung haben. Als Ursache für die persönliche Benachteiligung werden sodann die Ausländer und Fremden angeboten (Arbeitsplätze, Ausnutzung des Sozialsystems etc.) und als Ausweg die Fixierung auf ein „deutsches“ Deutschland angeboten.

Als Ergebnis haben wir in der Auseinandersetzung mit dem spezifischen Fall in der Propstei Königslutter, aber auch als allgemeine Klarstellung bereits 2007 öffentlich festgehalten: „Die Position des Parteiprogramms, damit die einer Partei, die nach unserer Einschätzung rechtsextreme Haltungen fördert, sind mit dem Grundlagen des christlichen Glaubens nicht zu vereinbaren. Wer sich durch die Parteizugehörigkeit öffentlich zu dieser Partei und ihrem Programm bekennt, vertritt Überzeugungen, die ihn von einem kirchlichen Amt, wie das eines Kirchenvorstehers, ausschließen. Denn ein Kirchenvorsteher ist auf die Verfassung unserer Landeskirche und damit auf die heilige Schrift und auf die Bekenntnisschriften vereidigt. Er stellt sich als NPD-Mitglied aber in zentralen Punkten in Widerspruch zu dem christlichen Glauben.“

Die Dresdner Handreichung, aus der ich Eingangs zitierte, stellt in ähnlicher Weise fest, dass der Rechtsextremismus kein Wahrnehmungsproblem darstellt, sondern aus christlicher Sicht vielmehr ein Bekenntnisproblem sei.⁵ Weil die rechtsextremen Vorfälle und Menschen mit rechtsextremen Gesinnungen auch in Kirchen vorhanden sind und weil die Vorfälle vor Ort und vor aller Augen stattfinden, fordern sie die Reaktion des demokratischen Gemeinwesens, aber auch das der Kirche direkt heraus.

Konkretionen

An zwei Beispielen zeige ich zum Schluss noch konkret auf, wie Menschen in der Kirche, wie Christen sich mit Rechtsextremismus auseinandersetzen und in einem dritten Fall wie nahe die Problematik auch für uns ist.

⁵ Handreichung, Seite 26

1. Mut beweist Pfarrerin Bea Spreng von der Gemeinde Joachimsthal in Brandenburg, um den Rechtsradikalen die Stirn zu bieten. Sie macht der Gemeinde mit Musik Mut. Als jemand sie und ihren Glauben im Gästebuch der Kirche massiv und verletzend angreift, hat sie geantwortet: "Wer oder was ist Gott für dich? Welche Wut, welche Traurigkeit oder welche Enttäuschung ist das in dir? ... Was wünschst du dir? Wie sind deine Träume, die vielleicht doch (ein bisschen) wahr werden könnten? Hast du den Mut, dich hier in diesen Raum zu setzen und darüber nachzudenken, ganz für dich allein? Bea Spreng." Typisch für die Pfarrerin von Joachimsthal, der 3.300-Einwohner-Stadt in Brandenburg mit rund 850 evangelischen Kirchenmitgliedern: Sie geht dem hasserfüllten Ausbruch nach, fragt den Schreiber, was in ihm vorgeht. Lädt ihn ein. Und wer fragt schon nach Wünschen und Träumen in einer Stadt, aus der viele fortgehen, weil sie keinen Ausbildungsplatz finden und keine Arbeit? Wenn Rechtsradikale in der Region für ihre Ideen werben oder andere attackieren, reagiert sie energisch. Sie informiert, organisiert Gegenveranstaltungen, ruft die Polizei. Sie lässt nicht zu, dass rechtsradikale Aktivisten die Ängste der Leute für ihre politischen Zwecke missbrauchen. Seit 15 Jahren bekämpft sie den Rechtsradikalismus in der Region. Anfangs war sie "die aus dem Westen", dazu verheiratet mit einem Künstler, der die "Kreuzberger Musikalische Aktion" leitet, musikalische Erziehung besonderer Art, Bands, in denen auch türkische und arabische Jugendliche mitspielen. Als eine der Bands in der Kirche auftrat, überfielen Rechtsradikale die Gäste, griffen deren Bus an, bis sie unter Polizeibegleitung abreisen mussten. Im Gemeindearchiv sind viele weitere Übergriffe verzeichnet. "Es war lebensbedrohlich", so viel sagt die Pfarrerin dann doch.

"Wie kriege ich die Jugendlichen in die Kirche?", hat sie sich gefragt. "Zu meinen Predigten kommen die nicht." Dann brachte sie die Bandkultur in die Kleinstadt. Kinder lernen Instrumente spielen und Jugendliche, von denen manche noch nie zuvor in Berlin waren, treffen sich auf Musikfesten mit Kreuzberger Kindern. Übernachten schon mal in türkischen Familien. "Ich bin was, ich kann was. Wer das spürt, braucht andere nicht auszugrenzen", sagt die Pfarrerin. Neben dem normalen Gemeindeprogramm absolviert sie ein größeres, das man als Kampf gegen Faschismus im Alltag bezeichnen könnte.

Menschen sollen nicht schlecht behandelt, verfolgt, aus der Gemeinschaft ausgeschlossen werden.

2. Der Generalsekretär des CVJM Sachsen-Anhalt Gottfried Muntschick schreibt⁶: „Wenn Schlagzeilen über rechtradikales Handeln in unserer Nähe die Runde machen, gibt es immer wieder ein neues Erschrecken. Aber ich schaue auf dieses Problem nicht nur, wenn es die Schlagzeilen erreicht hat. Rechtsradikalismus, Neofaschismus und Antisemitismus sind mir seit meiner Schulzeit vertraut. Selbst das FDJ-Jugendinstitut in Leipzig beschäftigte sich in den 80er Jahren mit der latenten Akzeptanz faschistischen Gedankengutes unter Jugendlichen in der DDR. ... Fast möchte ich behaupten, dass die Gesinnung gegen Fremdes und der Dünkel eigener Herkunft jeder Generation inne sind. Aber das fordert uns als Christen heraus, weil dieses Denken zutiefst der Botschaft Jesu widerspricht.

Wir erleben das in der christlich motivierten Jugendarbeit in Sachsen-Anhalt besonders an drei Gewichtungen. Zum einen in der Verbindung von Jugendbildung und Jugendarbeit. Hier erfahren Menschen nicht nur, was gut und richtig ist, sondern auch warum. Die Grundlage unserer gesellschaftlichen Werte wurzelt tief in der biblischen Botschaft von der Liebe Gottes. Vielen Menschen ist es nicht mehr klar, dass das Solidarprinzip z.B. im Renten- und Gesundheitswesen auf dem Gebot der christlichen Nächstenliebe beruht. Wem diese Grundlage fehlt, der wird leicht unsicher. Andererseits: Wer die Radikalität christlicher Hingabe lernt, wird wenig Verständnis für Herrenrassetheorien u.ä. haben. Politisches Engagement bedeutet für uns geklärte Beziehungen, tragende Werte und leidenschaftliches Engagement für den anderen. Wo für den Einzelnen das spürbar wird, entwickelt sich eine christliche und demokratische Persönlichkeit, die im Zusammenleben prägend für die Gesellschaft wird. Gesinnungsverirrungen werden damit nicht verhindern, aber sicher der radikalen Entmenschlichung unserer Gesellschaft begegnen.“

3. Und zuletzt: Am 15. Dezember 2011 hatte ich eine Sitzung in Hermannsburg in der Heide zu leiten, als mir mitgeteilt wurde, dass in der Nacht auf das Haus des evangelischen Pastors Wilfried Manneke im

⁶ <http://www.evangelisch.de/themen/religion/kirche-gegen-rechts-der-jugend-gottes-vaterliebe-zeigen52287> vom 24.11.2011

benachbarten Unterlüß ein Brandanschlag verübt worden sei. Es wurde sofort vermutet, dass wegen des Engagements des Pfarrers gegen Rechtsextremismus ein rechtsextremer Hintergrund vorliegen, denn „Wilfried Manneke setzt sich seit Jahren unter anderem gegen Sonnwendfeiern von Neonazis auf dem Hof eines rechtsextremen Landwirts in der Nachbargemeinde Eschede ein. Für die Demonstration gegen Rechtsextremismus hat Manneke sich stark engagiert und zur Teilnahme aufgerufen. Sein Name stand in diesem Zusammenhang auch in der Zeitung. "Es ist ja bekannt, dass Menschen, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren, auch schnell bedroht und eingeschüchtert werden", sagt Manneke⁷ Am Abend zuvor wurde nach seinen Angaben ein weiterer Brandsatz auf das Haus eines Paares im nahe gelegenen Faßberg geworfen, das sich ebenfalls gegen Neonazis engagiert. Beide Male kam niemand zu Schaden. "Wir lassen uns nicht einschüchtern", sagte Pfarrer Manneke.

Bereits in der Vergangenheit hatte es Vorfälle mit rechtsextremen Hintergründen rund um das Pfarrhaus gegeben, berichtete Pastor Klaus Burckhardt von der Initiative "Kirche für Demokratie - Gegen Rechtsextremismus" der hannoverschen Landeskirche.

Fazit

Der Rechtsextremismus ist mitten unter uns zu einem drängenden Problem geworden. Zum Teil ist er mitten in unserer Gesellschaft angekommen. Es ist gut, dass sich ihm der Staat klar mit seinen Möglichkeiten, der Politik, der Polizei, der Strafverfolgung und der Rechtsprechung Unheil entgegenstellt. Nötig ist aber auch, dass sich jeder einzelne an seinem Platz mit einem deutlichen Bekenntnis zur Demokratie, wie sie in diesem Land - aufruhend auf der Verfassung mit der Proklamation der Menschenrechte - geworden ist, positioniert und seinen Beitrag gegen Menschenverachtung, Hasspredigt und Extremismus in jedweder Form leistet. Und nötig ist die Praxis des Mottos der sächsischen Handreichung gegen Rechtsextremismus „Nächstenliebe verlangt Klarheit“, damit wir in Kirche und Gesellschaft die Entwicklungen nicht verschlafen oder verdrängen.

⁷ <http://www.ndr.de/regional/niedersachsen/heide/brandanschlag151.html> vom 16.12.2011